

Buchbesprechungen

„Der totale Markt. Gefahr für den Sozialstaat und Demokratie“

1. Die Arbeit, GLB im ÖGB, 2001
2. International, Nr. 3/2002, Seite 42
3. Friedensforum des Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung
4. Fakten und Impulse, März 2001, Seite 8
5. APA0112, 6.3.2001 Soziales/Gewerkschaften/ÖGB/Neuerscheinung /Rezension
6. Kurier Online, 7.3.2001
7. Wirtschaftsblatt, 7.3.2001, Seite A4 Österreich
8. Informationsblatt der Christinnen und Christen für die Friedensbewegung, Nr. 1/2001, Seite 4

1.

Radikalst gegen die ArbeitnehmerInnen-Interessen – das ist die Vorgangsweise von Unternehmern und Weltwirtschaft heute, klagen GewerkschafterInnen an. Erfordert das nicht radikale Antworten? Das geistige Waffenarsenal wird immer größer. Es müsste bald genutzt werden, meint Hubert SCHMIEDBAUER mit diesem kommentierenden Bericht über eine neue Sammlung wichtiger Fakten und Argumentationen.

Während die schwarzblaue Regierung dabei ist, das Sozialsystem und noch viel mehr zu zertrümmern – angeblich zur Sanierung des Staatshaushalts - bleiben die wahren Ursachen für diese seit etwa zehn Jahren andauernde Offensive gegen den „Sozialstaat“ in der täglichen Informationsflut verborgen.

Vieles davon wurde vor einigen Monaten bei einem Symposium diskutiert, zu dem AK und ÖGB geladen hatten. Nicht zufällig war dafür das Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining als Veranstaltungsort gewählt worden.

Die dort behandelten Themen – erweitert durch zusätzliche Beiträge – sind nun in Buchform erschienen *). Als vorangestelltes Resümee wäre darüber zu sagen: Es ist kaum eine dringlichere Botschaft an die Gewerkschaftsführungen denkbar, alle bisherigen Rücksichten gegenüber politischen Bindungen, angeblichen „Sozialpartnern“ und gegenüber den gleichgeschalteten Medien fallenzulassen, eine Informationskampagne zu starten und den Widerstand zu organisieren. Nur die Millionenmacht der Lohnabhängigen kann den Profit- und Machtrausch der paar tausend Mächtigen an den Schalthebeln des Kapitals beenden.

Wie das Kapital die Politik vorgibt ...

Die neoliberale Ideologie ist nicht einfach vom Himmel gefallen. „Sie ist ein sehr sorgfältiges Konstrukt“, schildert *Susan George* und zeigt, wie der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich von Hajek vor fünfzig Jahren ein konservatives Grüppchen „vom rechten Spektrum aus aller Welt“ zusammenbrachte und genau

jenes ideologische Gebäude „wissenschaftlich“ zu entwickeln begann, das die großen Multis wie Ford brauchten.

Derselbe Beitrag bringt einige Fakten über die transnationalen Unternehmen, die heute den Globalisierungsprozess vorantreiben. Die 100 größten von ihnen haben 1993 bis 1997 ihren Umsatz um 20 Prozent gesteigert – mit weniger Arbeitskräften als vorher. Die 40.000 Transnationalen (laut UNO) beschäftigen weltweit direkt oder indirekt 180 Millionen Menschen, das sind nur 10 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte. Sie erbringen 30 Prozent aller wirtschaftlichen Aktivitäten. In keinem Land beschäftigen solche Unternehmungen mehr als ein oder zwei Prozent der Bevölkerung. „Aber alle Regeln werden für diese Unternehmungen gemacht. Sie haben die ‚politische` Macht, direkten Zugang zu nationalen Regierungen, zur EU, zur Welthandelsorganisation (WTO) usw.“

Mit der WTO wurde ein Instrument geschaffen, dessen Macht über der aller Regierungen, Parlamente und sonstigen Institutionen der Demokratie und des Rechts steht. Die zur Zeit 140 Mitgliedsstaaten sind durch einen Vertrag gebunden, und der „läuft in seiner Gesamtheit darauf hinaus, sämtliche Gesetze betreffend Wirtschaft und Gesellschaft zu deregulieren, ja zu entfernen“, schildert der Beitrag von *Ernst Tüchler* und zeigt die Mechanismen auf, die nicht zuletzt zu den Massenprotesten von Seattle, Prag und Nizza geführt haben. Die Proteste aus dem Gewerkschaftsbereich waren auch maßgeblich daran beteiligt, dass das „Multinationale Investitionsschutz-Abkommen“ (MAI) vorerst nicht zustande kam, mit dem die Profiterwartungen von Investoren Vorrang gegenüber nationalen Gesetzen bekommen sollten. Die Deregulierungsbestrebungen gehen natürlich weiter, weist *Tüchler* nach.

... und wie die Regierungen folgen

„Die neoliberale Marktwirtschaft ist weder bürgerlich noch sozialdemokratisch. Trotz dieser Zerstörung bürgerlicher und sozialdemokratischer Werte, die dem Neoliberalismus inhärent ist, bekennen sich die bürgerlichen Parteien stolz zum Neoliberalismus, während viele sozialdemokratische Parteien ... sich geradezu an die Spitze einer fragwürdigen neoliberalen Modernisierung stellen“, meint der Sozialdemokrat *Gerald Mader*.

Rückblickend ist hier die gesamte bisherige Regierungspolitik vieler Jahre gegenüber den kapitalistischen Konzentrations- und Deregulierungszielen kritisch angesprochen. Österreich als Mitglied der WTO hat z. B. 1993 aktiv am Zustandekommen des WTO-Vertrags mitgewirkt, mit dem die Staaten „eine Vielzahl ihrer Gesetze über Wirtschaft und Gesellschaft dereguliert“ haben. (*Ernst Tüchler*) Die „Multilaterale Übereinkunft über den Handel mit Dienstleistungen“ z. B. erfasst auch Arbeitsmarkt, soziale Netze, Gesundheitsbereich usw. Zu den Finanzdienstleistungen zählen die Versicherungen, und dazu wiederum die Sozialversicherungen, die vom WTO-Vertrag deregulierend betroffen sind. Brav, wie die Regierungen Vranitzky, Klima und Schüssel den Verträgen Schritt für Schritt gefolgt sind und weiter folgen!

„Heute kommt die Gefahr vielmehr vom totalen Markt, also von der Totalität eines Wirtschaftssystems, in dem der Mensch als soziales Wesen zum Feindbild wird ... Es ist ein militanter Zeitgeist, der sich in der Sicherheitspolitik vorsorglich Feinde sucht

und züchtet, mit welchen der Rüstungswettlauf der USA mit sich selbst legitimiert werden soll. Die NATO ist heute keine Verteidigungsarmee, sondern nur mehr eine Interventionsarmee zur militärischen Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen. Das Ganze heißt dann humanitäre Interventionen. Muss diese NATO wirklich unser Vorbild sein?“ (*Gerald Mader*)

In den verteidigungspolitischen Richtlinien der Deutschen Bundeswehr (und der WEU, nunmehr der EU) ist die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung“ festgeschrieben, zitieren *Ronald H. Tuschl* und *Thomas Roithner* in ihrem Beitrag. Sie weisen nach, wie sich die EU zu einem Militärblock entwickelte, wie EG- bzw. EU-Politiker schon vor dem österreichischen Beitritt offen von „nuklearer Solidarität“ sprachen, und wie schließlich der Amsterdamer Vertrag noch von der SP-VP-Koalition ratifiziert wurde, wonach BundeskanzlerInnen und AußenministerInnen im Alleingang die Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen anordnen können. Die neue Regierung hat auch bereits die Änderung des Neutralitätsgesetzes in ihrem Programm und die gesamte EU hat sich an die NATO gebunden - mitsamt Kriegseinsätzen ohne UNO-Mandat. Als Alternative verlangen die Autoren die Orientierung auf „ernst gemeinten Dialog und echte Zusammenarbeit, statt Festungsbau und Militarismus“ - und das lässt sich auch vom ÖGB-Statut ableiten.

Allerlei WissenschaftlerInnen

Es stimmt optimistisch, dass auch auf der Seite des Widerstands gegen den Neoliberalismus ein täglich wachsendes Potential wissenschaftlich und politisch aktiver Kräfte in den Vordergrund tritt, wie im vorliegenden Buch aus seinen vielen Hinweisen auf AutorInnen und Literatur rund um den Neoliberalismus geschlossen werden kann. Viel Raum ist dem Nobelpreisträger *James Tobin* mit seinen Besteuerungsmodellen für die Kapitaltransfers gewidmet. Die kurzfristig spekulativen Verlagerungen ungeheurer Summen zu jeweils einträglicheren Positionierungen sollen damit eingedämmt und zugleich auch einiges an Geld abgeschöpft werden, um damit gewisse Projekte zu fördern. Berechnungen, Argumente und Gegenargumente sind anschaulich dargestellt (*Kunibert Raffer*).

Viel Schindluder wird täglich mit dem Thema Arbeitskosten getrieben, wobei besonders den sogenannten Lohnnebenkosten die Schuld an Wettbewerbsnachteilen und Arbeitslosigkeit zugemessen wird. „Deshalb soll der Faktor Arbeit – in Wahrheit: das investierende Kapital – entlastet ... werden. Da während der Kohl-Ära die Arbeitslosigkeit und die Unternehmensgewinne gleichermaßen Rekordhöhen erreicht hatten, ist es jedoch naiv anzunehmen, die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten werde einen Beschäftigungsboom auslösen.“ (*Christoph Butterwegge*) „Wer den Sozialstaat retten und ihn auf eine sichere Finanzierungsgrundlage stellen will, darf die hohen Einkommen und (Kapital)Vermögen nicht unangetastet lassen“, meint der Autor und nennt vor allem Erbschaft- und Vermögensteuer. Wichtiger scheint wohl der Zugriff auf die primäre Wertschöpfung, und so verweist er auch auf die mehr als zwanzigjährige Diskussion über die Besteuerung der Bruttowertschöpfung eines Unternehmens und wünscht sich „in der Öffentlichkeit wieder mehr Aufmerksamkeit“ dafür.

Klingt das nicht doch zu zurückhaltend?

Nicht jeder Ausweg ist einer

Eine andere Art Zurückhaltung spricht aus dem Beitrag von *Wilhelm Haberzettl* (Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation). Für ihn beginnt die Umverteilung von unten nach oben erst mit dem schwarz-blauen Koalitionsabkommen. Und er beklagt, dass die Regierung das Ziel verfolge, „die Sozialpartnerschaft, wenn schon nicht zu zerschlagen, dann doch nach ihrem Willen und dem der Unternehmer umzubauen“. Man habe bereits Gesetzesvorlagen nicht mehr von den Sozialpartnern begutachten lassen. Damit werde die Mitsprache von ÖGB und AK ausgeschaltet, denn „sie hindern das freie Unternehmertum“. Dann zählt er auf, wie Unternehmen und Weltwirtschaft „radikalst“ gegen ArbeitnehmerInnen-Interessen vorgehen. Daher „müssen wir die Mitglieder informieren und auf die Gefahren hinweisen. Die Sozialpartnerschaft steht heute zweifellos vor einer ihrer größten Herausforderungen.“

Welche Partner, bitte? Sie müssen doch ebenso „radikalst“ in die Schranken gewiesen werden, und das wird beileibe kein „sozialpartnerschaftliches“ Rundtischgespräch sein! Es gibt kein Zurück zu den Zeiten seliger Konsenspolitik made in Austria, in denen das Kapital fett und die Gewerkschaften lahm, die sozialen und politischen Rechte der Lohnabhängigen hingegen scheinbar zurückgestutzt wurden.

Freilich gibt es in den Texten noch mehr Gelegenheit für eine kritische Diskussion. In Summe reichen sie aber für die Gewerkschaften vollends aus, ihre eigenen Grundsätze, Programme und Aufträge von Kongressen zu untermauern und in Aktion umzusetzen. Was über PolitikerInnen und Parteien gesagt wurde – dass sie wider besseres Wissen nicht handlungsbereit seien – muss sonst auch auf die Gewerkschaftsführungen zutreffen. Zu viele Analysen und wissenschaftliche Schlussfolgerungen haben sie selbst veranlasst und veröffentlicht, wie den nun vorliegenden Band. Nicht danach zu handeln ist nicht nur fahrlässige Gefährdung der Sozialsysteme und der materiellen Lage der Lohnabhängigen, sondern darüber hinaus die politische Liquidation der Gewerkschaften selbst.

Zum Buch wäre noch zu sagen, dass es – wie etliche zuvor – zumindest in jedes Betriebsratszimmer gehört. Viele der Inhalte müssten in Gewerkschaftsschulen und Sozialakademien einfließen – als Ersatz für die Träume von der Sozialpartnerschaft.

*) *Der totale Markt - Gefahr für Sozialstaat und Demokratie*. Hrsg. Andreas Berndt, Gerlinde Breiner, Martina Kirchmayr, Thomas Roithner. 16 Texte. ÖGB-Verlag, 2001. 214 Seiten. Preis: 260,- Schilling.

Quelle: Die Arbeit. Monatsmagazin des Gewerkschaftlichen Linksblocks im ÖGB, 2001.
<http://www.wwat.at/arbeit/arbeit4/glb15.htm>

2.

Ungehemmte Deregulierung bedroht die Interessen der Arbeitnehmer massiv und stellt ihre Interessensvertretungen vor schwierige Herausforderungen. Unter dem Deckmantel von „Reformen“, um „Auswüchse des Wohlfahrtsstaates“ zu bekämpfen, die „soziale Treffsicherheit“ zu erhöhen oder der Wirtschaft die sie „behindernden“ Normen aus dem Weg zu räumen, wird auch in Österreich eine im Ergebnis zunehmend unsoziale Politik betrieben.

Das vorliegende Buch ist ein Tagungsband eines Symposiums der Arbeiterkammer, des ÖGB und dem Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK). Experten aus den Bereichen Politik und Wissenschaft widmen sich der Herausforderung einer fundierten Analyse und Kritik neoliberaler Politikentwürfe. Darauf aufbauend wird versucht, strategische Ansätze zur Erhaltung von sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat zu skizzieren.

Dabei werden insbesondere die Themenbereiche soziale Sicherheit und Stabilität im Zeitalter der Globalisierung erörtert. Relativ schnell fortschreitende Liberalisierungsbestrebungen gehen auf Kosten vor allem der sozialen Sicherheit. Die entsprechenden Probleme werden in den vier Abschnitten „Hinter den Kulissen des Neoliberalismus“, „Mehr privat – weniger Staat; Sozialstaat unter globalem Druck“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und sozialer Friede“ und „Politik und Ökonomie als globales Dominospiel“ behandelt.

Globalisierung sollte neben wirtschaftlichen unbedingt auch soziale, kulturelle und ökologische Aspekte berücksichtigen und die diesbezüglichen – im Geiste der Aufklärung stehenden Kategorien – nicht einfach unter Titel wie „Wende“ oder „Modernisierung“ opfern bzw. preisgeben!

Berndt/Breiner/Krichmayr/Roithner: Der totale Markt. Gefahr für Sozialstaat und Demokratie, ÖGB Verlag, Wien 2001, 224 Seiten, € 18,80.

M.D.

Quelle:

International. Zeitschrift für internationale Politik, Wien, Nr. 3/2002, Seite 42.

3.

Ungehemmte Deregulierung bedroht die Interessen der ArbeitnehmerInnen weltweit massiv und stellt ihre Interessensvertretungen vor schwierige Herausforderungen. Unter dem Deckmantel von „Reformen“, um „Auswüchse des Wohlfahrtsstaates“ zu bekämpfen, die „soziale Treffsicherheit“ zu erhöhen oder der Wirtschaft die sie „behindernden“ Normen aus dem Weg zu räumen, wird auch in Österreich eine im Ergebnis zunehmend unsoziale Politik betrieben.

ExpertInnen aus den Bereichen Politik und Wissenschaft stellen sich der Herausforderung einer fundierten Analyse neoliberaler Politikentwürfe. Gerald Mader,

Präsident des Friedenszentrums Schläining, stellt einleitend fest, dass der „totale Markt“ ein Fremdkörper im europäischen Wertesystem ist. Zu den Aufgaben von Friedensbewegung und Friedenswissenschaft zählt daher auch der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Susan George (Mitbegründerin von ATTAC in Frankreich, dem Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte) gibt in ihrem Beitrag Antworten, wie der neoliberalen Ideologie entgegengetreten werden könnte. George analysiert: „Die Hälfte der Menschheit lebt heute mit weniger als zwei Dollar pro Tag. (...) Der Markt ist darauf programmiert, Fertigkeiten, Geld, Gewinne und Macht jenen zu geben, die sie bereits haben.“ Als Möglichkeit einer neuen Zusammenarbeit – wie George dies mit ATTAC sehr erfolgreich praktiziert – sieht sie, das „viele Elemente der Gesellschaft, die in der Vergangenheit nicht unbedingt zusammengearbeitet haben, auf einen gemeinsamen Nenner“ gebracht werden. In diesem Sinne setzt sich auch Bernhard Mark-Ungericht mit den Konzepten der internationalen Zivilgesellschaft als „Globalisierung von unten“ präzise auseinander.

Der Ökonom Christoph Butterwegge analysiert das neoliberale Konzept zum „Umbau“ des Sozialstaates im Zeichen der Globalisierung. Auf diesen Analysen aufbauend, setzen sich Fritz W. Scharpf, Hans Sallmutter, Ingrid Reischl, Martina Krichmayr und Wilhelm Haberzettel im Kapitel „Mehr privat – weniger Staat“ mit konkreten Fallbeispielen auseinander, die den Sozialstaates unter globalen Druck veranschaulichen. Weiters finden sich der IWF und die WTO im Zentrum der Kritik. Kunibert Raffer diskutiert in seinem Beitrag die Bestrebungen zur Besteuerung des internationalen Kapitalverkehrs.

Der Band bietet einen guten Überblick über die Argumente zu Alternativen zum „totalen Markt“ aus gewerkschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Sicht.

Andreas Berndt, Gerlinde Breiner, Martina Krichmayr, Thomas Roithner (Hrsg.): Der totale Markt. Gefahr für Sozialstaat und Demokratie, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 2001.

Quelle: Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit. Herausgegeben vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung.

Buchtipp:

Andreas Berndt, Gerlinde Breiner, Martina Krichmayr, Thomas Roithner (Hg.):

Der totale Markt

Gefahr für Sozialstaat und Demokratie
216 Seiten, öS 260,-

Der Markt muss sich selbst regeln, die Wirtschaft darf nicht behindert werden, der Sozialstaat ist zu teuer – mit solchen Schlagworten zieht sich die Regierung auch in Österreich immer mehr aus der Wirtschaftspolitik zurück. Steuer- und Sozialdumping schaffen ideale Bedingungen für Großkonzerne und Spekulanten. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer.

Doch Solidarität und Leistung sind kein Widerspruch. In diesem Buch stellen Wissenschaftler und Politiker neue Konzepte für eine Globalisierung vor, die auch soziale, kulturelle und ökologische Aspekte berücksichtigt.

Beiträge u. a. von Hans Sallmutter, Kunibert Raffer, Ernst Tüchler, Bernhard Mark-Ungericht.

Bestellungen: ÖGB-Verlag, Altmannsdorferstraße 154-156, 1231 Wien
Tel.: 01/662 32 96- DW 6233,
Fax-DW: 6385

Quelle: Fakten & Impulse. Magazin von weltumspannend arbeiten. Das entwicklungspolitische Bildungsprogramm des ÖGB OÖ, März 2001, Seite 8.

5.

APA0112 5 II 0472 WI

06.Mär 01

Soziales/Gewerkschaften/ÖGB/Neuerscheinung/Rezension

ÖGB publiziert kritischen Sammelband zum Thema
Neoliberalismus

Utl.: "Der totale Markt" erfasst Globalisierung und Neoliberalismus
als Gefahr für soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat und
skizziert Gegenstrategien =

Wien (APA) - In der von wissenschaftlichen Mitarbeitern von
ÖGB-Einrichtungen bzw. gewerkschaftsnahen Institutionen
herausgegebenen Publikation "Der totale Markt. Gefahr für Sozialstaat
und Demokratie" haben sich verschiedene Experten aus Politik und
Wissenschaft eine Analyse neoliberaler Politikentwürfe und das
Skizzieren von strategischen Ansätzen zur Rettung von sozialer
Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat zur Aufgabe gemacht. Zu den
Autoren der einzelnen Text-Beiträge gehören u. a. der Vorsitzende der
Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Hans Sallmutter, und der
Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft, Wilhelm Haberzettl.

Schon im Vorwort und in ihrem einleitenden "Plädoyer für ein
faires Wirtschaften" machen die Herausgeber Andreas Berndt, Gerlinde
Breiner, Martina Krichmayr und Thomas Roithner die Intention des
Bandes klar: Es geht darum, Strategien zur Verteidigung des
europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells zu diskutieren, das
durch den aus Globalisierung und Neoliberalismus resultierenden
"totalen Markt" als gefährdet angesehen wird. Ungehemmte
Deregulierung wird als massive Bedrohung für die Interessen der
Arbeitnehmer weltweit ebenso wie für das Grundprinzip der "sozialen
Marktwirtschaft" erfasst. Aus demokratiepolitischer Sicht erachten
die Herausgeber einen Rückgang des Steuerungspotenzials der Politik
im Zuge einer "schrackenlosen Globalisierung" und einer
"Vermarktlichung weitester Lebensbereiche" als problematisch.

Der thematische Bogen des Sammelbandes wird von einer
grundlegenden Analyse neoliberaler Konzepte über deren gegenwärtige
Ausprägungen und Konsequenzen bis zu Strategien zur Verteidigung von
sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat gespannt. Auch auf die
gegenwärtige sozialpolitische Situation in Österreich wird
eingegangen. So stellt Haberzettl in seinem Beitrag "Auf zur
politischen Trendwende" fest: "Mit dem Jahr 2000 wurde die
Vorstellung begraben, der österreichische Sozial- und Wohlfahrtsstaat
sei ein fester Grund, auf dem alle in diesem Land ihre Zukunft bauen
können."

Der Chef der Eisenbahner-Gewerkschaft verweist auf das im
Koalitionsübereinkommen enthaltene Bekenntnis zu einem
"leistungsfähigen und gerechten Sozialsystem", bezichtigt die
Bundesregierung jedoch eines "neoliberalen(n) Kurs(es), der unter dem
Deckmantel 'Gleiche Belastungen für alle' fährt und in Wirklichkeit
die Arbeitnehmer dauerhaft belastet, die Unternehmer aber nur
vorübergehend." Er ruft die Gewerkschaften auf, sich - auch auf
internationaler Ebene - "arbeiterfeindlichen" und
globalisierenden Tendenzen entgegenzustellen.

Sallmutter befasst sich in dem gemeinsam mit dem Leiter der
Sozialökonomischen Forschungsstelle in Wien, Tom Schmid, verfassten
Aufsatz "Gesundheitsmarkt - ein Markt wie (k)ein anderer?" u. a. mit
der in Österreich aufgetretenen Diskussion über Pflichtversicherung
oder Versicherungspflicht. Der Idee der Wahlfreiheit der

Versicherungsträger an Stelle der gegenwärtigen gesetzlichen Pflichtversicherung, der er einen neoliberalen Hintergrund zuschreibt, erteilt er darin vor allem wegen der Befürchtung einer "Zweiklassengesellschaft" bei der Gesundheitsversorgung eine Absage. Kurzfristig bezeichnet er "moderate" Beitragserhöhungen als notwendig, um die Erfüllung der Aufgaben der Krankenversicherungen zu gewährleisten.

(S E R V I C E : Andreas Berndt / Gerlinde Breiner / Martina Krichmayr / Thomas Roithner (Hrsg.): "Der totale Markt. Gefahr für Sozialstaat und Demokratie"; Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 2001, 214 Seiten, 260 Schilling, ISBN 3-7035-0843-4)

(Schluss) mf/ws/mk

APA0112 2001-03-06/10:00

061000 Mär 01

KRANKENKASSEN: SALLMUTTER FÜR BEITRAGSERHÖHUNG

Wien - Für eine "moderate" Erhöhung der Krankenkassen-Beiträge sprach sich Hans Sallmutter, Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, am Dienstag in einer Pressekonferenz erneut aus. Ein Prozent Beitragserhöhung über alle Systeme würde 14,5 Milliarden Schilling bringen, erklärte Sallmutter. Im Rahmen der Pressekonferenz wurde ein neues Buch "Der totale Markt. Gefahr für Sozialstaat und Demokratie", das im ÖGB-Verlag erschienen ist, präsentiert.

„Ambulanzgebühren verstärken Armut“

Würde die Erhöhung zu jeweils 50 Prozent auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite aufgeteilt, dann wäre das eine nur geringe Belastung der Versicherten und "Dummheiten wie Ambulanzgebühren und Selbstbehalte" wären nicht nötig. "Mit derartigen Einführungen wird ein an sich gutes System in Misskredit gebracht und die Schuld wird den gesetzlichen Krankenversicherungen in die Schuhe geschoben", stellte Sallmutter fest. Für Sallmutter sind Ambulanzgebühren unsolidarisch. Sie würden die Armut im Land noch verstärken. Eine alleinerziehende Mutter etwa, die mehrmals im Jahr eine Ambulanz mit ihren Kindern aufsuchen muss, würde von den Ambulanzgebühren empfindlich getroffen.

"Entstaatlichung kein Patentrezept"

"Mehr Markt weniger Staat" würde heute vielfach als Patentrezept für verschiedene Probleme betrachtet, erklärte Sallmutter. Dass das nicht stimmen könne, zeige etwa die Entwicklung des Gesundheitssystems in den USA. "Ich bin nicht gegen Marktwirtschaft an sich. In den Bereichen Straßengüterverkehr, am Lebensmittelmarkt und im Bereich der Medien wünsche ich mir mehr Markt", erläuterte Sallmutter.

Auf die Frage nach seiner näheren Zukunft verwies Sallmutter auf Sozialminister Herbert Haupt, "oder besser auf die Vizekanzlerin oder noch besser auf das einfache Parteimitglied". Er könne dazu keine Aussagen machen.

© Kurier bzw. Kurier Online - Wien, 2001. Alle Inhalte dienen der persönlichen Information. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

http://intern.telekurier.at/kurier/na_pro.../parse.php?mlay_id=1000888&mdoc_id=210/16 07.03.01

Hans Sallmutter rechnet täglich mit dem Eintreffen des blauen Briefes

„Warte noch auf Post von Haupt“

Hauptverbandschef Sallmutter wartet auf seine Kündigung, um sie postwendend ans Höchstgericht zu leiten. Bei der Chipkarte glaubt er an ein Okay des Vergabeamts.

Wien. „Beim Betreten des Büros schaue ich täglich, ob nicht schon ein anderer an meinem Schreibtisch sitzt“, schildert Hauptverbands-Präsident Hans Sallmutter seine ver-

Von
DANIELA FRIEDINGER
d.friedinger@wirtschaftsblatt.at

zwickte Situation. Denn er rechnet immer noch mit dem Eintreffen eines blauen Briefes, Absender: Sozialminister Herbert Haupt. „Nachdem er mir schon x-mal angekündigt worden ist, warte ich jeden Tag auf Post vom Herrn Bundesminister.“

Freilich, irgendeine Post hat Sallmutter schon bekommen. Als der oberste Sozialversicherer vor rund 14 Tagen eine Klärstellung verlangte, ob die Vertragspartner überhaupt noch mit ihm verhandeln könnten, folgt die Antwort vom Minister prompt. Doch sie liess vieles offen: „Haupt vermeidet tunlichst alles, was nach einem Bescheid aussieht.“ Sollte dieser kommen, weiss Sallmutter nämlich schon, wie er zum Gegenschlag aus-

holt. „Wenn ich den Brief habe, gehe ich sicher zum Höchstgericht. Das muss man schon aus demokratiepolitischen Gründen machen“, meint Sallmutter im WirtschaftsBlatt-Gespräch. Sollte der Brief aber nie eintreffen, „weil Haupt sich seiner Rechtssituation nicht mehr sicher ist“, will Sallmutter ihm den Gefallen des vorzeitigen Abdankens „sicher nicht“ tun und bis 2005 im Amt bleiben.

1,3-Milliarden-Auftrag

Ein dichtes Programm für seine Amtszeit hat der Sozialversicherungschef auch schon. Zum einen will er weiter für Beitragserhöhungen kämpfen. „Ohne moderate Erhöhungen, also 0,5 bis 0,6 Prozent, die halbe-halbe zwischen Dienstnehmer und Dienstgeber aufgeteilt werden, wird es nicht gehen“, wiederholte er gestern bei der Präsentation des Buches „Der totale Markt“ vom ÖGB-Verlag.

Zum anderen steht am Freitag die Entscheidung des Bundesvergabeamts zur Chipkarte an. Sallmutter ist „absolut überzeugt“, dass die Zuschlagsertei-



Hans Sallmutter: „Beim Betreten des Büros schaue ich täglich, ob nicht schon ein anderer an meinem Schreibtisch sitzt“

lung an das amerikanisch-deutsche Konsortium EDS/Orga bestätigt wird: „Sie waren mit einem Preis von 1,3 Milliarden Schilling nicht nur Billigstbieter, sondern auch bei der Leistung Bestbieter.“ Und der Hauptverband habe seine Be-

wertung überpenibel vorgenommen. Dass einer der Bieter – beworben haben sich noch Datakom, debis gemeinsam mit Austria Card sowie Siemens, ebenfalls mit Austria Card – die Vergabe beeinsprucht hat, sei „nur ein üblicher Vorgang“.

8.

Der totale Markt

Die Außenstelle Wien des Friedensforschungsinstituts Schläining hat gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund ein Buch zum Thema „Der totale Markt - Gefahr für den Sozialstaat“ herausgegeben. Beiträge gibt es von Dr. Herbert Buchinger (AMS), Mag. Ingrid Reischl (GPA), Wilhelm Haberzettl (Vorsitzender EisenbahnerInnengewerkschaft), Susan George, Univ.Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Ronald Tuschl und Dr. Gerald Mader. Infos und Buchbestellungen (Preis öS 268,- plus öS 35,- Versandspesen) bei Mag. Thomas Roithner, Telefon (01) 79 69 959, Fax (01) 79 65 711, E-Mail: aspr.vie@aspr.ac.at

Quelle: Informationsblatt der Christinnen und Christen für die Friedensbewegung, Nr. 1/2001, Seite 4.